

DIE LINKE.MKK Kreistagsfraktion • Geschäftsstelle • Wilhelmstr. 2 • 63450 Hanau

An den Vorsitzenden des Kreistages des Main Kinzig Kreises
Herrn Hubert Müller
Barbarossastraße 16-24
63571 Gelnhausen

09. Oktober 2009

24. Kreistagsitzung am 6. November 2009

Antrag: Frauenhäuser im Main-Kinzig-Kreis stärker unterstützen

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Die Fraktion DIE LINKE. stellt zur Sitzung des Kreistages am 6. November 2009 den folgenden **Antrag**:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, ein langfristiges Finanzierungskonzept für die Frauenhäuser im Main-Kinzig-Kreis auszuarbeiten. Ferner soll ein Vertrag mit verbindlichen Zusicherungen ausgearbeitet werden, der den Frauenhäusern Planungssicherheit über einen längeren Zeitraum ermöglicht. Basis der Absicherung von Sach-, Personal- und Betriebskosten bildet eine gemeinsame Finanzierung von Kreis und Kommunen.

Ferner wird der Kreisausschuss aufgefordert, sich auf Landesebene für eine Anerkennung des Schutzes von Gewaltopfern als Pflichtaufgabe der Länder einzusetzen.

Begründung

Die Finanzierung der Frauenhäuser im Main-Kinzig-Kreis muss endlich nachhaltig gesichert werden. Es stellt eine unzumutbare Belastung für die beiden Frauenhäuser dar, jährlich um ihre Finanzierung bangen zu müssen und einen Großteil der personellen Kapazitäten für die Spendenakquise aufwenden zu müssen.

Ziel muss es sein, dass der Main-Kinzig-Kreis gemeinsam mit seinen Kommunen ein langfristiges Finanzierungskonzept ausarbeitet, das den Frauenhäusern Planungssicherheit über einen längerfristigen Zeitraum bietet. Eine gemeinsame Finanzierung von Kreis und Kommunen ist bei der Schulsozialarbeit gelungen und sollte deshalb auch für die Frauenhäuser möglich sein.

Zugleich ist aber auch das Land nicht aus der Verantwortung zu lassen. Es ist anzustreben, dass das Land Hessen den Schutz von Gewaltopfern als Pflichtaufgabe anerkennt. Es kann nicht sein, dass die Länder je nach Kassenlage und politischem Klima die Zuschüsse an Frauenhäuser kürzen können. Es gibt gesellschaftliche Verantwortungsbereiche, in denen nicht gespart werden kann. Insbesondere dann, wenn das Leben von Menschen bedroht ist, müssen die sozialen Netze funktionieren.

Die Berichterstattung in den Medien macht immer wieder auf dramatische Schicksale von Frauen aufmerksam, die von ihren Lebenspartnern misshandelt oder getötet wurden. Frauenhäuser und Gewaltberatungsstellen leisten einen unverzichtbaren Beitrag dazu, solche Schicksale möglichst abzuwenden. Wer dies anerkennt, muss auch bereit sein, dafür einen Obulus zu entrichten. Die kommunale Familie muss sich zu dieser Verantwortung bekennen.

Mit freundlichen Grüßen



gez. Angelika Silberling-Antoni
Stellvertr. Fraktionsvorsitzende

f.d.R. Dr. Thomas Maurer
Fraktionsgeschäftsführer